

Politik ist etwas für uns Junge!



Politik ist langweilig und nur für ältere Menschen. Solche Aussagen höre ich oft, wenn ich Freunde auf meine politische Tätigkeit anspreche. Tatsächlich liegt das Durchschnittsalter im Nationalrat bei 49 Jahren. Wieso setze ich mich mit meinen 22 Jahren also politisch ein? In der Schweiz haben wir ein einzigartiges politisches System. Jeder kann mitreden und jeder kann sich für seine Ideen und Ideologien einsetzen. Die Politik bestimmt, wie viele Steuern ich bezahlen muss, bis wann ich einkaufen kann oder wie wir mit unserer Umwelt umgehen. Dies sind alles Themen, die auch mich persönlich betreffen. Wieso sollte ich also meine Zukunft nicht mitbestimmen wollen?

Letztes Jahr gab es einen Aufschwung in der Politik. Viele Menschen hatten genug und gingen für unser Klima auf die Strasse. Ohne die Jungen wäre dies kaum ein so grosses Thema geworden. Dies zeigt mir, dass auch wir Einfluss haben, eine Veränderung herbeizuführen.

Die Frage lautet also nicht, wieso ich mich einsetze, sondern wieso ich mich nicht einsetzen sollte.

Die EVP gibt mir als Mitglied und Kantonsratskandidat die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Ich kann über meine Zukunft und über die Zukunft des Landes, das ich liebe, entscheiden.

Dabei spielt es keine Rolle, ob ich nun 22 oder 60 Jahre alt bin. Die Politik betrifft uns alle! Darum: Lass nicht andere über deine Zukunft entscheiden - werde jetzt aktiv!

Nathan Graf, Vorstandsmitglied und Kantonsratskandidat EVP SO, Derendingen

Weshalb bin ich in der EVP?

«Die EVP begeistert mich durch ihre Authentizität, ihr unermüdetes Engagement seit 101 Jahren für das Wohl der Schweiz und ihre Menschen sowie durch das Vertreten der christlichen Werte in unserer Gesellschaft. Sie ist ein Sprachrohr in der heutigen Zeit, in welcher es Menschen braucht, welche auch auf unangenehme gesellschaftliche Problematiken hinweisen und gleichzeitig einen wertschätzenden Dialog mit dem Gegenüber suchen. In der EVP finde ich persönliche Werte und Anliegen für die Schweiz wieder – die Achtung und das Eintreten für die verschiedenen Generationen, die Unterstützung von Arbeitsplätzen von Menschen mit einer Beeinträchtigung und Arbeitssuchen-

den über 50, Massnahmen gegen den Menschenhandel sowie die Forderung für einen schonenden und nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt und Natur. Für diese gesellschaftspolitischen Ziele möchte ich mich als Mitglied der EVP einsetzen.»

Stephanie Thüring-Vogt, Grenchen

IMPRESSUM

Redaktion

Evangelische Volkspartei
des Kantons Solothurn
4500 Solothurn

Herausgeber

Evangelische Volkspartei
des Kantons Solothurn
IBAN: CH66 0900 0000 4045 3134 7

Erscheinungsweise

drei Mal jährlich

Internet

www.evp-so.ch

Kontakt Präsident

Elia Leiser
info@elialeiser.ch
Telefon: 076 453 32 92

Kontakt Geschäftsführer

André Wyss
wyss@wyance.ch
Telefon: 062 299 10 00

Realisation und Druck

Grafik: Rebekka Suter
Druck: www.jordibelp.ch

Auflage

1'600 Exemplare

ABSTIMMUNGEN

Die Parolen der EVP Kanton Solothurn für den 29. November im Überblick:

JA Volksinitiative

«Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative)

JA Volksinitiative

«Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Kantonale Vorlagen

JA Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei



AGENDA

28. November 2020

Delegiertenversammlung
EVP Schweiz online

29. November 2020

Eidg. Volksabstimmung

8./9./15./16. Dezember 2020

Kantonsratssession

EVP-INFO

KANTON SOLOTHURN

Informationen der Evangelischen Volkspartei

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser

Es ist eine schwierige Zeit und die Leute sind «coronamüde». Die Geduld ist strapaziert, Existenzen sind bedroht, Events werden geplant, um dann wieder abgesagt zu werden, und die Gesellschaft dividiert sich immer mehr auseinander. Gerade in solchen Situationen ist es wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren – auch in der Politik. Wie können wir das Leben möglichst normal weiterführen, ohne dass sich das Virus weiterverbreiten kann? Eines ist für mich klar: das Ganze lässt sich weder mit Panik, noch mit kleinreden bekämpfen. Die verschiedenen Bedürfnisse müssen abgewogen und Massnahmen immer wieder angepasst werden. Wir von der EVP wollen Brücken bauen und für jene eintreten, die sonst keine Stimme haben.

Wir arbeiten intensiv an den Vorbereitungen für die Wahlen im März 2021. Mögliche Kandidatinnen und Kandidaten werden angefragt, Strategien ausgetüftelt und Texte vorbereitet. Die EVP ist schweizweit im Aufschwung. Seit den Nationalratswahlen vor einem Jahr ist die EVP die einzige Partei ohne «grün» im Namen, welche in den kantonalen Parlamenten Sitze dazugewinnen konnte! Auch nach über 100 Jahren ist eine Politik aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt gefragt – gerade jetzt vielleicht wieder mehr denn je. Damit wir diesen Trend im Frühling fortsetzen können, sind wir dankbar für jegliche Unterstützung, sei es, dass das persönliche Umfeld ermutigt wird, EVP zu wählen, sei es, dass Sie selbst als Kandidatin oder als Kandidat mitmachen und mit dem Namen für unsere Werte eintreten, oder sei es mit einem finanziellen Zustupf in die Wahlkampfkasse.

Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Lesen und bleiben Sie gesund!

Elia Leiser, Präsident EVP SO, Solothurn

P.P.
CH-3001 Bern
Post CH AG

Die EVP Kanton Solothurn unterstützt das neue Polizeigesetz

Die verdeckte Vorermittlung und die verdeckte Fahndung sind zeitgemässe Mittel, die sich in anderen Kantonen längst bewährt haben. Zwar ist die verdeckte Vorermittlung heute schon möglich, jedoch nur an «allgemein zugänglichen Orten und öffentlichen Räumen im Internet». Mit dem neuen Polizeigesetz, über welches die Solothurner Bevölkerung Ende November abstimmt, soll die Solothurner Polizei die Möglichkeit erhalten, bei konkreten Hinweisen auch in abgeschotteten Räumen, wie z.B. illegalen Spielclubs oder in passwortgeschützten Netzwerken, aktiv zu werden.

Die Mitglieder der EVP Kanton Solothurn haben hierzu die Ja-Parole gefasst.

Konzerverantwortungs-Initiative

Die Politik der EVP baut auf Werte wie Nächstenliebe, Ehrlichkeit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Solidarität und Frieden auf. So unterstützte die Partei einen griffigen Gegenvorschlag, welcher die wichtigsten Anliegen der Initiative aufnahm.

Leider scheiterte dieses Gesetz am Ständerat, der sich erfolgreich gegen die Haftungsmöglichkeit im Schweizer Aktienrecht stemmte und nur eine Berichterstattungspflicht will. Eine Berichterstattungspflicht ohne Haftungsmöglichkeiten für Unternehmen ist wie Autofahren ohne Verkehrsregeln. Zwar könnte es mich wegen überhöhter Geschwindigkeit blitzen, jedoch hätte es keine Konsequenzen, auch wenn Menschen zu Schaden kämen. Unter dem Strich entspricht der indirekte Gegenvorschlag des Ständerats einer Hochglanzbroschüre, welche direkt ins Altpapier wandert.

Eine ethische Wirtschaft ist ein Kernanliegen der EVP, denn schlussendlich muss die Wirtschaft dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Auf allen politischen Ebenen sitzen Unternehmerinnen und Unternehmer für die EVP in den Parlamenten, welche dies tagtäglich vorleben. Es kann nicht sein, dass Konzerne, die für Profitoptimierung Mensch und Umwelt mit Füßen treten, einen Konkurrenzvorteil gegenüber jenen Firmen haben, die sich an die Regeln halten. Es braucht die Möglichkeit, dass sich die Unterdrückten wehren können! Viele ärmere Länder verfügen nicht

über ein unabhängiges Rechtssystem und Korruption ist ein grosses Problem. Gerade in solchen Fällen müssen die Geschädigten auch in der Schweiz Zugang zu einem fairen Prozess haben. Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, dass die Schweiz mit dieser Initiative nicht alleine ist. So können Firmen beispielsweise in Kanada, England oder Frankreich für Verstösse in anderen Ländern haftbar gemacht werden. Es kam weder zu einer Klagenflut, noch wurde das Investitionsvolumen der Konzerne runtergefahren oder haben die Firmen das Land verlassen. Die Initiative fordert nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit! Wer Menschenrechte und Umweltstandards nicht achtet, soll dafür geradestehen!

Was können wir also tun? Zum einen ein klares Ja zur Konzerninitiative in die Urne legen. Zum anderen aber auch als Konsumenten immer wieder darauf achten, dass wir Firmen, welche Nachhaltigkeit und Menschenwürde vorleben, unterstützen.

Martin Dietiker, Vorstandsmitglied EVP SO, Kantonsratskandidat, Olten



Kriegsgeschäfte-Initiative

Die Kriegsgeschäfte-Initiative greift Themen auf, mit welchen ich während meiner eigenen Kindheit und Jugend konfrontiert war.



Ich wurde in einem Land geboren, welches zehn Jahre lang von einer Kiregsgeschichte geplagt war. Der Krieg in Sierra Leone dauerte von 1991 bis 2001. Als tägliche Realität war mein Weltbild während dieser langen Zeit geprägt von Todesangst, keinen Zukunftsperspektiven und einer kurzen

Lebenserwartung. Mein Umfeld war dadurch gezwungen, ein einsames, abgeschottetes Leben zu führen. Diese Situation mit verllorener Hoffnung, fehlendem Frieden und kaum Freiheiten prägten das sierra-leonische Volk sehr. Der Bürgerkrieg beeinflusste die Gesellschaft in einer schmerzvollen Art, wobei Familien ihre Liebsten verloren, wertvolle Ressourcen verschwendet wurden und Menschen flüchten und so persönlichen Besitz und Heimat zurücklassen mussten. Kriegsoffer mussten ihre sicheren Zonen immer wieder verlassen und auf Essen, eigene Kultur und ein tiefes Heimatgefühl verzichten. Dies ist nur eine Kurzfassung dessen, wie sich der Krieg auf mich persönlich ausgewirkt hatte.

Mit der Annahme der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» wird nicht das ganze Problem gelöst, das ist mir natürlich auch bewusst. Aber es ist ein kleiner Teil dazu. Eine restriktive Verteilung von Kriegsprodukten in Kriegszonen kann die Vertreibung von Menschen beenden, wodurch Flüchtlinge, Menschenhandel und der Tod von vielen unschuldigen Menschen reduziert wird.

Der Schweizer Finanzplatz spielt dabei eine zentrale Rolle. 25% des weltweiten Vermögen wird hier verwaltet und jedes Jahr fliessen Milliarden in internationale Rüstungskonzerne. Mit diesem Geld werden dann Waffen produziert, die in den verschiedenen Konfliktregionen der Welt eingesetzt werden.

Mir ist auch bewusst, dass Pensionskassen unsere Rente gewinnbringend anlegen müssen. Jedoch zeigen Beispiele wie Prosperita oder die Pensionskasse der Stadt Zürich, dass es heute möglich ist, ohne Investitionen in Rüstungsfirmen rentabel zu wirtschaften. Mit einem Ja helfen wir, eine bessere und sicherer Welt zu erreichen. Aus diesen Gründen unterstütze ich die Initiative aus Überzeugung.

Ferenkeh Tarawally, Vorstandsmitglied und Kantonsratskandidat EVP SO, Grenchen

Aus dem Kantonsrat

Als Vertreter einer kleinen Partei ist es ab und zu eine Herausforderung, sich unter den «Grossen» behaupten zu können. Es gibt aber auch jene Momente, in denen ich es speziell schätze, EVP-Vertreter und somit keiner spezifischen Gruppierung – sondern den Menschen im Allgemeinen – verpflichtet zu sein.

So anlässlich der September-Session bei der Diskussion zur Steuerinitiative. Spannend dazu waren nämlich vor allem die taktischen Überlegungen, welche die «grossen» Parteien machten. Eigentlich war man sich einig: «Ja» zur Initiative sagen kann man mit bestem Willen nicht, wenn die Finanzen im Lot bleiben sollen – auch wenn das Anliegen noch so sympathisch daherkommt (wer zahlt schon gerne Steuern?). Aber «Nein» sagen und so quasi den Wählerinnen und Wählern das Gefühl geben, man sei nicht für tiefere Steuern, geht irgendwie auch nicht – schon gar nicht so kurz vor den Wahlen. Da kam es gerade recht, dass man «Ja» sagen und gleichzeitig einen Gegenvorschlag verlangen konnte. Damit wird die eigentlich für November 2020 angesetzte Abstimmung auf später verschoben. Für mich steht jeweils die Sache und nicht politische Taktik im Vor-

dergrund. Daher stimmte ich so, wie ich es auch meine, nämlich mit «Nein». Dies, weil die Initiative Ausfälle von insgesamt rund 300 Millionen Franken für Kanton, Gemeinden und Kirchen zur Folge hätte. Das wären umgerechnet ca. 20 – 25% der bisherigen Steuereinnahmen, welche irgendwie durch Leistungskürzungen kompensiert werden müssten. Der Kantonsrat nahm die Initiative mit 60:36 an.

In der gleichen Session wurde mein vor 14 (!) Monaten eingereichter Auftrag «Anpassung bei der Schenkungssteuer» behandelt. Der Vorstoss ist ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit, weil damit Steuerschlupflöcher gestopft werden. Mein Auftrag wurde erfreulicherweise grossmehrheitlich angenommen, was ein grosser Erfolg für die EVP ist und einmal mehr zeigt, dass wir auch als kleine Partei im Kanton Einfluss haben können.

André Wyss, Kantonsrat EVP, Rohr



Gemeindeparlament Olten

Das Oltner Gemeindeparlament tagte Ende September «coronabedingt» im Hotel Arte und befasste sich mit dem Umzug des Kunstmuseums, dem grossen Bauprojekt beim Bahnhofplatz und der Stilllegung des Krematoriums.

Letzteres brachte einiges an Emotionen mit. Wir Parlamentarier wurden beim Eingang von einigen Gegner begrüsst mit der Aufforderung, doch gegen die Stilllegung des Krematoriums zu stimmen. Das Parlament beschloss jedoch das Krematorium (hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen) zu schliessen und künftig die Krematorien in der näheren Umgebung zu nutzen. Als Mitte-Fraktion (CVP-EVP-GLP) reichten wir dazu einen Vorstoss ein für eine finanzielle Unterstützung der Oltner Bevölkerung für das auswärtige Kremieren, welcher angenommen wurde. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen: Gegen die geplante Stilllegung wurde inzwischen bereits das Referendum eingereicht.

Persönlich hat mich an diesem Abend eine kurze Fraktionserklärung der SP viel mehr bewegt als die behandelten Geschäfte. Darin wurde verlangt, dass der Stadtrat bei Kanton und Bund vorstellig wird, um 20 Flüchtlinge aus Moria/ Griechenland aufzunehmen, welche aktuell in unzumutbaren Verhältnissen leben. Auch wenn wir als Oltner Parlament nichts Konkretes gegen das Elend machen konnten, hat mich dieser kurze Moment, bei dem nicht die «kleinen Probleme» aus Olten, sondern Flüchtlinge aus Moria im Fokus waren, sehr beeindruckt. Als EVP setzen wir uns für Menschen in Armut ein. Als Gemeinderat frage ich mich, wo und wie kann lokale Politik hier etwas bewirken?

Keine bürgerliche Listenverbindung

In Olten finden im Frühling 2021 Gemeinde- und Stadtratswahlen statt. Die EVP Olten wurde dabei zu Gesprächen bezüglich Zusammenarbeit und Listenverbindungen eingeladen.

Die Idee: eine grosse, bürgerliche Listenverbindung mit EVP-CVP-GLP-FDP-SVP. An einem Treffen der Parteien wurden mögliche Wahlkampfthemen zusammengestellt, auf welche sich alle Parteien einigen konnten.

Für uns war aber klar, dass wir einen solchen grossen Zusammenschluss nur machen, wenn wir das Ok der Basis haben. Dazu führten wir eine Umfrage unter den EVP-Mitgliedern in Olten durch. Und da spürten wir rasch, dass eine solche Listenverbindung innerhalb der EVP keine grosse Unterstützung findet. Aus diesem Grund haben wir uns gegen eine solche Listenverbindung entschieden und möchten als unabhängige Mitte-Partei in den Wahlkampf gehen. Darum sind wir umso mehr auf Unterstützung unserer Mitglieder, Freunde und Wählerinnen und Wähler angewiesen, um den Sitz im Oltner Parlament mindestens zu verteidigen oder im Idealfall auf zwei Sitze zu verdoppeln!

Beat Bachmann, Gemeinderat EVP, Olten

